Beschluss BÜNDNISGRÜNE Wirtschaftspolitik in Sachsen neu denken – mit Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Krisenfestigkeit in die Zukunft

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.03.2023
Tagesordnungspunkt:	3. Leitantrag

Antragstext

Die Corona-Pandemie und die Energiepreiskrise stellten die sächsische Wirtschaft vor große Herausforderungen, die nachwirken. Wir brauchen eine erfolgreiche Wirtschaft mit resilienten und zukunftsfähigen Unternehmen in den Schlüsselbranchen der Zukunft, um den Menschheitsaufgaben Klimaschutz und Ökosystemerhalt auch hier in Sachsen wirksam begegnen zu können. Somit können Menschen in Unternehmen gehalten, Arbeitsplätze gesichert und ausgebaut werden. Das erhält die Wohlfahrt im Freistaat Sachsen. In den letzten Wochen und Monaten haben die sächsischen Unternehmen große Anstrengungen unternommen, um die kurzfristigen Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine einzudämmen und sich zugleich zukunftsfest aufzustellen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die sächsische Wirtschaft dabei weiter unterstützen und ihre politische Partnerin in Zeiten von Umbrüchen und Veränderungen sein. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz arbeitet fortlaufend an der akuten Krisenbewältigung, der Bewältigung der Energiepreiskrise und Eindämmung der Preissteigerungen und stabilisiert damit unsere wirtschaftlichen Grundlagen, die soziale Sicherheit und unseren Wohlstand. Zugleich stellt es mit zahlreichen Initiativen die Weichen hin zu einer zukunftsfähigen und resilienten Wirtschaftsstruktur. Wesentlich ist dabei, die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und auszubauen. Daran wollen wir auch hier im Freistaat Sachsen anknüpfen. Wir können auf eine jahrhundertelange Tradition innovativer Unternehmen zurückblicken. Nach dem Umbruch der Wirtschaft als Folge der Friedlichen Revolution und Wiedervereinigung Deutschlands haben sich in Sachsen auch zahlreiche neue Unternehmen etabliert und beweisen sich erfolgreich auf dem Weltmarkt. Mit ihren Visionen, ihrer Innovationskraft, ihrem Erfindergeist und ihrer Ingenieurskunst werden sächsische Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Transformation hin zum klimaneutralen Wirtschaften leisten.

Grundsätze BÜNDNISGRÜNER Wirtschaftspolitik in Sachsen

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Ziel BÜNDNISGRÜNER Wirtschaftspolitik ist es, Leitplanken für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung zu geben und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu sichern. Der Fokus liegt heute insbesondere darauf, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und zielführende Anreize zu entwickeln. Gute Arbeitsbedingungen, stabile Arbeitsverhältnisse und chancengerechte wirtschaftliche Teilhabe sind ebenso wichtige Bedürfnisse aller Beteiligten wie Grundbedingungen gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land.

BÜNDNISGRÜNE Wirtschaftspolitik orientiert sich dazu an folgenden drei Grundsätzen:

Der Nachhaltigkeit: Unsere Lebensweise und damit unser Wirtschaften darf die Ressourcen unseres Planeten nicht länger überfordern. Der Raubbau an unserem

Planeten zerstört die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand. Deshalb müssen die tatsächlichen Kosten aller Produkte und Dienstleistungen für die gesamte Gesellschaft, für kommende Generationen, das Klima und die Umwelt transparent gemacht werden. Die großen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen müssen dabei mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und –bedingungen der Menschen in Sachsen in Stadt und Land zusammen gedacht werden.

Dem gerechten Miteinander: Menschen wollen mitgestalten. Dabei geht es um die Bedürfnisse des alltäglichen Lebens ebenso wie um gesellschaftliche Teilhabe. Von dem Wohlstand, den wir als Gesellschaft hervorbringen, müssen die Menschen angemessen profitieren. Dazu gehören die umfassende Sicherheit am Arbeitsplatz ebenso wie durchgehende Entgeltgleichheit (der Geschlechter). Denn es sind die Menschen, die mit ihrer Arbeitskraft und ihrer Kreativität erst die Grundlage allen wirtschaftlichen Erfolges schaffen.

Der Krisenfestigkeit: Eine krisenfeste Wirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlstand in der Zukunft. Resilienz bedeutet sowohl die Unabhängigkeit von menschenrechtsverachtenden Staaten und Unternehmen als auch adäquate Vorbereitung auf Folgen des Klimawandels, Schutz und Wiederbelebung wichtiger Ökosysteme. Eine Wirtschaft, die auf der Nutzung von Erneuerbaren Energien basiert, Wertschöpfung in der Region generiert und faire, stabile und diversifizierte Lieferketten stärkt, ist widerstandsfähig gegen externe Unsicherheitsfaktoren.

Unsere BÜNDNISGRÜNE Wirtschaftspolitik, die auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Krisenfestigkeit setzt, füllt eine sozial-ökologische Marktwirtschaft mit Leben und erhält gleichsam ihre gesellschaftliche Anerkennung. Dabei nehmen wir alle Bereiche in den Blick: ob Handwerk, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft, Handel oder den Dienstleistungssektor.

Herausforderungen für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik

Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert muss die planetaren Grenzen in den Blick nehmen. Klar ist: Nur eine intakte Erde mit guten Umwelt- und Klimabedingungen ermöglicht ein dauerhaftes Angebot von Gütern. Der ökologische Umbau unserer Wirtschaft ist bereits angelaufen. Für die Unternehmen, für den Mittelstand und für das Handwerk braucht es jetzt Verlässlichkeit und Planbarkeit. Denn nur Rahmenbedingungen, welche eine Transformation zu nachhaltigen Produktionsweisen planbar machen, ermöglichen profitable Innovationen. Die wesentlichen Herausforderungen sind dabei die Umstellung unserer Energieversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien, die Dekarbonisierung, die Steigerung der Ressourceneffizienz und -suffizienz und die Etablierung eines modernen Kreislaufwirtschaftssystems. Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik gestaltet den Rahmen für den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und trägt zugleich dazu bei, dass wir das kreative Potenzial – vom sächsischen Handwerksunternehmen bis zum internationalen Startup – in allen Teilen des Landes entfalten.

Fachkräftegewinnung und Umstieg auf Erneuerbare Energien als zentrale Ziele für Wirtschaft und Gesellschaft

Die Fachkräftegewinnung und die gelingende Energiewende sind die größten Herausforderungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Sachsen. Der Fachkräftemangel ist in zahlreichen Branchen heute schon akut und

zeigt sich in Sachsen und den neuen Bundesländern besonders stark, auch weil das hiesige Lohnniveau unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Für den wirtschaftlichen Wohlstand in Sachsen wollen wir die Schlüsselbranchen der sächsischen Wirtschaft – von Mikroelektronik über den Maschinenbau bis hin zu Logistik und Zulieferindustrie – zukunftsfest machen. Zugleich soll die Diversifizierung der sächsischen Wirtschaft durch das Gedeihen von bisher noch kleineren Wirtschaftszweigen vorangebracht und entsprechendes Fachwissen in Sachsen aufgebaut werden. Dies gilt insbesondere für jene Branchen, die im Zentrum der Transformation zur Nachhaltigkeit stehen. Damit unsere Betriebe in Sachsen auch in Zukunft erfolgreich arbeiten können, brauchen sie weiterhin hochqualifizierte Fachkräfte von fachlich profilierten Universitäten und Fachhochschulen, aus den unterschiedlichen Zweigen der beruflichen Ausbildung, aber auch aus dem Ausland. Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht ist ein erster wichtiger Schritt getan: Die jahrelang bestehende Unsicherheit für Arbeitskräfte hinsichtlich ihres Aufenthalts wird damit beendet. Dies gibt vor allem den kleinen und mittelständischen Unternehmen die dringend benötigte Handlungs- und Planungssicherheit und schafft positive Anreize für eine gelingende Arbeitsmarktintegration. Zu einem inklusiven Arbeitsmarkt der Zukunft gehört jedoch noch mehr. Zentral sind faire Arbeitsbedingungen einschließlich angemessener Löhne und einer gestärkten Tarifbindung, ein gutes Umfeld für eine hohe Frauenerwerbstätigkeit, Stärkung der dualen Berufsausbildung und eine digitalisierte Verwaltung mit elektronischer Aktenführung. Die sächsische Willkommenskultur sollte zudem neben der vereinfachten Anerkennung ausländischer Abschlüsse und der Kommunikation in englischer Sprache auch Sensibilität gegenüber alltäglichen Gepflogenheiten anderer Kulturen umfassen. Dazu gehört insbesondere die entschlossene und wirksame Bekämpfung des gesellschaftlichen und des strukturellen Rassismus in Sachsen, welcher derzeit dem Zuzug und der Familiengründung von hochqualifizierten Fachkräften entgegenwirkt.
Ein moderner und inklusiver Arbeitsmarkt der Zukunft schafft zudem die Voraussetzungen dafür, dass sich insbesondere Frauen mit ihren Ideen und Projekten verwirklichen können. Dazu gehört neben einer Chancengerechtigkeit auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, dem Abbau geschlechterstereotyper Berufswahl und geschlechterungleicher Entlohnung auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erziehungs- und Pflegeaufgaben mit den beruflichen Anforderungen, insbesondere für Alleinerziehende.

Zugleich müssen die Ausbildungsbedingungen in Sachsen ebenfalls verbessert werden, um nachhaltig die Weichen für mehr Fachkräfte zu stellen. Dauerhaft können nicht alle fehlenden Fachkräfte aus anderen Bundesländern oder dem Ausland ersetzt werden. Auch im Freistaat müssen die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Pflicht nachkommen und der sächsischen Jugend eine attraktive betriebliche Ausbildung anbieten. Gelingen kann dieser Kurswechsel nur mit einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie. Diese wird die Qualität und die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungen erhöhen, jungen Menschen Planungssicherheit geben, Ausbildungen an sich attraktiver machen und schlussendlich mehr Fachkräfte hervorbringen.

Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne eine gute wirtschaftliche Entwicklung fördern. Die Zeiten, in denen man in Sachsen mit niedrigen Löhnen als Standortfaktor werben konnte, sind längst vorbei. Starke Gewerkschaften konnten in letzter Zeit gute Tarifverträge abschließen. Wir setzen auf die Förderung guter Arbeitsbedingungen und auf die

Stärkung der Tarifbindung. Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist der Grundstein für eine erfolgreiche soziale und ökologische Marktwirtschaft.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt des Wirtschaftsstandortes Sachsen ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung hat dazu bereits ambitionierte Maßnahmen ergriffen und arbeitet an einer weiteren Beschleunigung. Wir dürfen hier den Anschluss nicht verpassen, gerade vor dem Hintergrund, dass die Europäische Union plant, die Solarproduktion Made in Europe wieder aufleben zu lassen. Die Anlagen müssen installiert und gewartet werden, wodurch zahlreiche neue Jobs entstehen werden, für deren regionale Verankerung wir Sorge tragen wollen. Unter BÜNDNSIGRÜNER Regierungsbeteiligung haben wir im Freistaat den Hebel umgelegt. Die gesetzlichen Weichen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind neu gestellt und Sachsen kann nun endlich vom Energiewende-Schlusslicht zum Vorreiter werden. Für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende gilt es nun insbesondere das Handwerk in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit einzubinden.

Um diesen großen Herausforderungen zu begegnen, stehen uns folgende wesentliche Handlungsfelder zur Verfügung, in denen Politik aktiv werden kann:

- Verlässliche Rahmenbedingungen
- Die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur
- Hohe Standards bei öffentlicher Vergabe und Förderung

VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die ökologischen Herausforderungen des Klimawandels können nur durch einen Markt mit Ordnungsrahmen bewältigt werden. Wir setzen die Leitplanken für eine durchdachte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftspolitik ein, um innovativen Wettbewerb zu fördern, Anreize für Eigeninitiativen zu geben und zugleich die Zielrichtung ordnungspolitisch sicherzustellen. Damit schaffen wir den Raum, in dem sich das kreative Potenzial unternehmerischen Handelns verantwortungsvoll entfalten kann. Eine Entschiedenheit in den Zielen ermöglicht eine flexible, lernfähige und innovationsoffene Umsetzung unserer Ziele der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Effizienz und Krisenfestigkeit.

Kohleausstieg in Sachsen als ökonomische Realität

Klimaschutz und Kohleausstieg werden in den Regionen und vor Ort gestaltet. Dennoch ist der Schutz unseres Klimas ein globales Thema. Für uns in Sachsen ist daher ein funktionierender europäischer Rechtsrahmen zentral.
Im letzten Jahr gab es eine historische Einigung zwischen dem EU-Parlament und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Im Zentrum dieser Einigung steht der europäische Emissionshandel, der eine absolute Menge an CO_2 festlegt, die in der Europäischen Union noch ausgestoßen werden darf. Dieser umfasst die Bereiche der Energieerzeugung und der Industrieproduktion ebenso wie den Verkehrs- und Gebäudebereich. Braunkohle als CO_2-intensivster Energieträger ist jetzt schon teuer, nur durch indirekte Subventionen noch rentabel. Kohlestrom wird in der Zukunft immer teurer und unwirtschaftlicher werden. Der ökonomische Druck ist hoch: Der Emissionshandel der EU wird auch in Sachsen zu einem Kohleausstieg deutlich vor 2038 führen. Auch im Freistaat Sachsen wird unter BÜNDNISGRÜNER

Regierungsbeteiligung ein Paradigmenwechsel in einer jahrzehntelang stockenden Energiepolitik eingeleitet: Wir wiesen schneller Flächen für Windräder aus, als es das ambitionierte Bundesgesetz vorsieht. Um die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft zu sichern, gilt es die Realität des Energiemarktes zu erkennen und Weichen für eine neue, auf Ökologie ausgerichtete Wirtschaft zu stellen. Für einen geordneten Kohleausstieg bereits 2030 sind jetzt alle Hebel in Bewegung zu setzen. Wir wollen, dass alle Akteur*innen, die in Sachsen die Energiewende gestalten, Planbarkeit und Investitionssicherheit haben – von Stadtwerken, Bürgerenergiegenossenschaften und Bürgerenergiegesellschaften über Projektentwickler*innen für Windparks bis hin zu den Kommunen, die von den Erlösen der Windanlagen in ihrer Region profitieren können.
In Sachsen ist der Strukturwandelprozess in vollem Gange: Der Umbau der Kohleregionen ebenso wie die Transformation der Mobilitätsbranche. Diese tiefgreifenden Veränderungen verlangen der sächsischen Wirtschaft und Gesellschaft aktuell und in den kommenden Jahren besonderen Einsatz ab. Damit der Wandel als Chance wahrgenommen werden kann, braucht es die Rahmenbedingungen für innovative Arbeitsplätze, für zukunftsfähige Unternehmen und, was essentiell ist, Rahmenbedingungen für die Menschen, die in den Strukturwandelregionen leben oder ihre Perspektive in den Kohlerevieren sehen. Dazu gehört die Anbindung mit Infrastruktur, ein attraktives Verkehrsangebot und leistungsfähige Breitbandanschlüsse, die verlässliche Versorgung mit Erneuerbaren Energien und die Sicherung des Wasserhaushaltes. Ebenso ist der Umgang mit den Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus dringend zu klären. Für uns BÜNDNISGRÜNE ist es zudem entscheidend, dass neben den Möglichkeiten, die die beiden Großforschungszentren, das CTC im Mitteldeutschen Revier und das DZA im Lausitzer Revier, bringen sollen, auch ausreichend Zuzugs- und Bleibeperspektiven für Frauen geschaffen werden. Denn beim Strukturwandel muss es auch darum gehen, dass die Arbeitsplatzsicherheit und die Arbeitsbedingungen von Frauen und jungen Menschen verbessert werden, die wir in den Regionen halten und zurückholen wollen.
Vor allem aber ist Transparenz, der Einbezug und die Beteiligung der Unternehmen, Arbeitnehmenden sowie der Menschen vor Ort, dabei besonders von jungen Menschen und Frauen, unerlässlich beim Umbau der regionalen wirtschaftlichen Strukturen.

„Echte Preise“ heißt Berücksichtigung der Lebenszykluskosten

Der Preismechanismus ist das wesentliche dezentrale Element einer effizienten Herstellung und Verteilung von Leistungen. Es ist jedoch notwendig, dass die Preise auch die tatsächlichen für das Gemeinwohl entstehenden Kosten beinhalten. Insbesondere die externalisierten Kosten, also alle in die Zukunft verlagerten Kosten, soziale Kosten wie auch die Kosten für Klima und Umwelt wurden in der traditionellen Preisbildung lange ignoriert, verdrängt oder von der Gesellschaft getragen. Dies ist weder effizient noch nachhaltig, da die Folgen des Klimawandels heute schon deutlich ans Tageslicht treten und auch finanziell zu Buche schlagen. Es ist zentral, dass alle Kosten im Preis eines Produktes berücksichtigt werden. Daher ist es auch so entscheidend, dass die CO_2-Bepreisung im nationalen oder europäischen Emissionshandel auf alle Sektoren ausgeweitet wird. Wenn der Ordnungsrahmen so gesetzt ist, dass Preise alle ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten beinhalten, beginnt ein effizienter CO_2-Vermeidungswettbewerb als großer Treiber für Innovation und Nachhaltigkeit.

Gleichfalls gehört dazu eine klar demokratieorientierte Positionierung in der Landespolitik und der Zivilgesellschaft. Es ist höchste Zeit für eine deutliche Absage an demokratiefeindliche Unternehmerschaft, die in ihrer Raumnahme die nationalistische, rechtsextreme Szene unterstützt und finanziert. Vielmehr muss der Staat nach Jahren des Sparens soziale und zivilgesellschaftliche Strukturen bedarfsgerecht finanzieren und seiner Verantwortung im ländlichen Raum gerecht werden.

Finanzierungsrahmen und Steuern für eine krisenfeste Wirtschaft

Um die sächsische Wirtschaft krisenfest aufzustellen, braucht es heute und in der Zukunft zielgerichtete öffentliche Investitionen. Die Höhe der staatlichen Investitionen dürfen mit Blick auf ihre Innovationskraft nicht über- aber auch nicht unterschätzt werden. Klar ist: Der öffentlichen Hand kommt die Steuerungsfunktion zu, Investitionen gezielt in den Bereichen einzusetzen, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind. Dazu zählen etwa die Transformation unserer Infrastruktur, die besten Bedingungen für gute Bildung in Sachsen oder eine hinreichende Anschubfinanzierung für die grünen Technologien des 21. Jahrhunderts und die Begleitung des Übergangs der sächsischen Unternehmen in die dekarbonisierte Wirtschaft. Es muss uns durch kluge ordnungspolitische Maßnahmen gelingen, private Investitionen anzustoßen, die am Ende auf das Ziel der Nachhaltigkeit und Resilienz einzahlen.
Eine dogmatische Finanzpolitik darf nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in die Krisenfestigkeit der sächsischen Wirtschaft auf der Strecke bleiben. Es braucht daher eine moderne sächsische Finanzverfassung, die diesen Aufgaben gerecht wird. Wir müssen den Freistaat in die Lage versetzen, in Zeiten konjunktureller Abschwünge handlungsfähig zu bleiben und bestehende Investitions- und Instandhaltungsstaus aufzulösen. Zudem ist der Freistaat Sachsen in Krisenzeiten – wie der aktuellen Energiepreiskrise – in der Verantwortung, seine Unternehmen zu begleiten und zu unterstützen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen über die Anpassung der sächsischen Schuldenbremse im Rahmen des Grundgesetzes einen konjunkturfesten staatlichen Einnahmerahmen sicherstellen. Diesen braucht es für zwingend notwendige Investitionen in die Zukunft, die langfristig zu planen und auszusteuern sind, ebenso wie für die Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten. Auch wenn es uns durch kluge Ordnungspolitik gelingt, private Investitionen anzustoßen, sind Herausforderungen für den Landeshaushalt zu erwarten. Hier gilt es durch entsprechende Prioritätensetzung sowie permanente Aufgaben- und Organisationsevaluationen für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Diskussion über eine ökologische Steuerreform, ergänzt um die soziale Dimension, auf Bundesebene wiederzubeleben. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Besteuerung hoher leistungsloser Einkommen, sondern auch um die Sicherung der unternehmerischen Investitionsfähigkeit. Zudem ist die steuerliche Abzugsfähigkeit klima- und umweltschädlicher Ausgaben sowie die Rückführung entsprechender Subventionen in den Blick zu nehmen. Über die klimagerechte Ausgestaltung direkter Energiesteuern, die schädliche Emissionen mit steigenden Tarifen belasten, und eine steuerliche Förderung von unternehmenseigenen Forschungen und Entwicklungen, können wir die Wirtschaft nachhaltig und zukunftsfest aufstellen.

Sozial funktionsfähige Ortskerne und Innenstädte

Mit der Verlagerung von Handel und Dienstleistungen an den Stadt- oder Ortsrand ist nicht nur ein gravierender Flächenverbrauch mit nachfolgenden teuren öffentlichen Investitionen für Infrastrukturen verbunden, sondern auch ein Verlust von Funktionen der Ortskerne und Innenstädte. Begleitet wird diese Transformation durch eine Veräußerung von Liegenschaften unserer Innenstädte an global agierende Fonds. Eine Ansprechperson oder gar ein lokales Interesse ist gar nicht mehr festzustellen. Während die Ortskerne mühsam belebt werden, lokale Handelskonzepte, wie Direktvermarktung, gefördert werden, gibt es für die Innenstädte kaum Handhabe. Hier ist eine landespolitische Unterstützung in der Absprache und mit baurechtlichen oder genehmigungspflichtigen Eingriffen ein Handlungsrahmen für kommunale Akteure durchzusetzen. Die Uniformität der Innenstädte braucht einen soziokulturellen Relaunch.

Kreislaufwirtschaft: Nachhaltigkeitsgarant mit Innovationskraft

Unsere Wirtschaftsweise baut aktuell auf einem enormen Ressourceneinsatz. Das sind nicht nur Rohstoffe in einem Umfang, deren Exploration mit vielfältigen ökologischen und sozialen Problemen verbunden ist, sondern insbesondere auch Flächenversiegelungen. Unser Ziel ist klar: Um unsere Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen zu erhalten, ist es notwendig, unseren Verbrauch primärer natürlicher Ressourcen auf ein Minimum zu reduzieren und nachwachsende Rohstoffe höchstens in dem Maße zu verbrachen, wie sie sich regenerieren. Der absehbaren Rohstoffverknappung setzen wir also eine intensive Förderung der Kreislaufwirtschaft entgegen. Wir wollen bestehende Cluster weiter ausbauen und innovative Produkte bis zum Markthochlauf unterstützen. Gleichzeitig sind Stoffströme in unseren Produktionsketten zu schließen und die Nutzung von Rest- und Abfallstoffen zu perfektionieren. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für die schrittweise Dekarbonisierung unserer Produktionsweise.

INFRASTRUKTUR FÜR EINE WIRTSCHAFTSPOLITIK DES 21. JAHRHUNDERTS

Eine gute Infrastruktur ist deutlich mehr als nur die sogenannte klassische graue Infrastruktur der letzten Jahrzehnte. Unser BÜNDNISGRÜNES Verständnis von Infrastruktur im 21. Jahrhundert schließt neben den verkehrspolitischen Weichenstellungen auch die Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien und den Ausbau von Speicherkapazitäten, eine funktionierende digitale Infrastruktur sowie eine exzellente und diversifizierte Forschungslandschaft in den Schlüsseldisziplinen der Zukunft ein.
Wenn es um Gewerbeansiedlungen geht, bevorzugen wir BÜNDNISGRÜNE einen strategischen Gestaltungsansatz. Wir warten nicht auf Unternehmen, die auf der Suche nach der bestsubventionierten Produktionsstätte sind. Wir wollen vielmehr die ökologischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Ideen der Menschen vor Ort unternehmerisch entfalten können.
Wir fördern daher gezielt die Ansiedlung von Unternehmen, die in einer für Sachsen strategisch wichtigen Branche, z. B. der Solarindustrie, tätig sind oder eine Lücke in einer regionalen Wertschöpfungskette schließen können. Dabei unterstützen wir innovative Konzepte zur Energie- und Rohstoffversorgung der Gewerbegebiete. Zudem reagieren wir frühzeitig auf die sich laufend verändernden Standortbedingungen für den Wirtschaftsstandort Sachsen, etwa mit unserer Arbeit für einen Industriestrompreis auf der Basis Erneuerbarer Energien nach Auslaufen der derzeit geltenden Strompreisbremse.

Verkehrs- und Mobilitätswende als Chance für den Wirtschaftsstandort Sachsen

Die arbeitsteilige Organisation von Produktions- und Dienstleistungsprozessen führt zu mehr Effizienz und einem verbesserten Ressourceneinsatz. Sie führt allerdings auch dazu, dass zwischen Produzent*innen und Abnehmer*innen zum Teil große Distanzen zu überwinden sind. Mit der privaten Mobilität führt dies insgesamt dazu, dass der Verkehrssektor wesentlich zu Emissionen, allen voran Schadstoffen und Lärm, beiträgt. Im Bereich der Infrastrukturen bestehen hier erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten. Dies betrifft die Gewährleistung eines verlässlichen und kund*innengerechten Öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs ebenso wie die Verringerung von Individualtransporten beispielsweise durch den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur. Wir sehen zugleich, dass die Industrie und im Besonderen viele Handwerks-, Dienstleistungs- und Logistikunternehmen beim Transport auf die Nutzung motorisierter Fahrzeuge angewiesen sind. Dem Umstieg auf effiziente vollelektrische Fahrzeuge für Arbeitsmaschinen und den Fahrzeugen wollen wir den Weg bereiten und gleichzeitig offen dafür sein, falls technologische Entwicklungen einen effizienten und logistisch sinnvollen Einsatz wasserstoffbasierter Antriebslösungen in einzelnen Sektoren nahelegen. Der Aufbau einer entsprechenden Ladeinfrastruktur ist dafür unerlässlich – insbesondere in den ländlichen Regionen. Für das Gelingen der Antriebswende muss die preisliche Attraktivität der E-Mobilität gegenüber fossil angetriebenen Fahrzeugen weiter gesteigert werden. Dafür wollen wir den Erfahrungssprung und die Kompetenzen Sachsens als Vorreiterstandort der Elektromobilität nutzen und weiter ausbauen.

Digitalisierung und Digitalwirtschaft

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung nutzen und digitale Prozesse fruchtbar machen: für eine nachhaltige Gestaltung unserer Gesellschaft in Feldern wie der dezentralen Produktion von Energie, systemdienlicher und nutzenorientierter Mobilitätssysteme, Kooperation ländlicher und urbaner Räume oder politischer Transparenz und Teilhabe. Die Beschleunigung von Verwaltungshandeln durch die Vereinheitlichung und Digitalisierung von Verfahren betrachten wir ebenso wie die flächendeckende Bereitstellung von leistungsstarker digitaler Infrastruktur als wichtige Voraussetzungen für eine moderne wirtschaftliche Entwicklung. Für uns gilt, die laufenden Prozesse der Digitalisierung gezielt im Sinne der Gesellschaft auszurichten. Wir fördern die Entwicklung der Digitalwirtschaft unter konsequenter Bewahrung von Freiheits- und Bürgerrechten und unter Ausschluss von Diskriminierung durch algorithmische Datenverarbeitung. Digitale Prozesse und Produkte sind transparent zu gestalten und auf der Basis offener Standards zu entwickeln, um die Souveränität der Bürger*innen und Gesellschaft zu stärken.

Bürokratieabbau als Garant für Investitionen

Verwaltungsverfahren müssen so schnell wie möglich und so genau wie nötig durchgeführt werden. Wesentlich ist dabei, dass Antragssteller*innen die Ausgestaltung der Verfahren als partizipativ und nicht als hemmend oder verhindernd empfinden. Möglich wird dies beispielsweise durch einheitliche Ansprechpartner*innen, Lotsendienste oder aber auch durch die Nutzung digitaler Möglichkeiten, die den Datenaustausch zwischen den Beteiligten sicherstellen und gleiche Informationen, die für verschiedene Teilbewertungen notwendig sind, nur einmal zu übermitteln.
Unter BÜNDNISGRÜNER Regierungsbeteiligung hat der Freistaat Sachsen unter

anderem eine Veränderung seiner Förderpolitik angestoßen, die Bürokratieabbau als zentrales Element beinhalten wird.

Erneuerbare Energien als Standortfaktor

Erneuerbare Energien sind ein entscheidender Standortfaktor. Bereits heute entscheiden deren Verfügbarkeit und der verbindlich geplante Ausbau über die Ansiedlung neuer und den Erhalt bestehender Produktionsstätten. Gerade energieintensive Unternehmen benötigen in großem Umfang Strom und Wärme. Planungssicherheit ist dabei von zentraler Bedeutung. Erneuerbare Energien sind die einzigen Energieträger, die dauerhaft zu günstigen Preisen, klimaneutral und unabhängig von internationalen Rohstofflieferungen bereitstehen. Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik müssen daher zukünftig noch stärker gemeinsam gedacht werden.
Wichtige gesetzliche Weichen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind bereits neu gestellt. Sachsen hat nun die Chance seinen Standortnachteil durch den bisher verschlafenen Ausbau auszugleichen, um weiter Energie- und Industrieland zu bleiben. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis zur Energiewende im gesamten demokratischen Spektrum der sächsischen Politik, um das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken und langfristige Investitionssicherheit herzustellen.
Um ein zielgerichtetes energie- und klimapolitisches Handeln hin zur Klimaneutralität in den nächsten Jahren zu ermöglichen, müssen dringend Szenarien für die notwendige Transformation der sächsischen Energieversorgung erarbeitet werden. Die Szenarien müssen konkrete verbindliche Zielkorridore für den Ausbau verschiedener regenerativer Stromerzeugungstechnologien, die Installation von Speichern, den notwendigen Netzausbau, den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sowie Aspekte der Sektorenkopplung (insbesondere Wärmepumpen und E-Mobilität) beinhalten und sich an den konkreten Bedürfnissen von Bürger*innen und Unternehmen ausrichten. Die Szenarien müssen selbstverständlich im Einklang mit nationalen und internationalen Klimaschutzbestrebungen sein. Die Festlegung eines solchen Transformationspfades schafft Vertrauen in die Stabilität von Rahmenbedingungen und erhöht somit die Planungssicherheit für die Akteur*innen der Energiewende: Privatpersonen, Mieter*innengemeinschaften, Kommunen, Firmen, die für den Eigenverbrauch produzieren und Überschüsse einspeisen ebenso wie Bürger*innenenergiegenossenschaften und klassische Energieversorgungsunternehmen. Besonders wichtig ist hierbei, der Vielfalt der Akteur*innen attraktive und faire Bedingungen zu bieten, damit die Energiewende ihr Potenzial zur Demokratisierung, Dezentralisierung und damit Stabilisierung unserer Energieversorgung entfalten kann. Gleichzeitig ist der Transformationspfad die Messlatte für das Erreichen der Energiewende- und Klimaschutzziele. Somit muss sichergestellt werden, dass die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen, wie z. B. Flächenverfügbarkeit und Dauer von Genehmigungsverfahren, den Transformationspfad ermöglichen. Bei Zielabweichung müssen entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen und Hemmnisse schnellstmöglich beseitigt werden.

Wasser als industrierelevante Ressource

Moderne Industrien, insbesondere im Bereich der Halbleiterproduktion, sind in hohem Maße wasserintensiv. Sie verbrauchen Wasser und produzieren Abwasser in erheblicher Menge. Am Wasserhaushalt macht sich der fortschreitende Klimawandel hier vor Ort deutlich bemerkbar: langanhaltende Dürre und kurze, heftige

Unwetterereignisse treten auch in Sachsen immer häufiger auf. Die sichere Bereitstellung von Frischwasser und die sachgerechte Aufbereitung und Ableitung von Abwässern werden auch für die Wirtschaft zu immer bedeutenderen Standortfaktoren und Infrastrukturanforderungen. Dieser zunehmenden Herausforderung müssen wir uns stellen und die „Grundsatzkonzeption öffentliche Wasserversorgung 2023 für den Freistaat Sachsen“ mit Leben füllen und umsetzen.

HOHE STANDARDS BEI ÖFFENTLICHER VERGABE UND FÖRDERUNG

Im Rahmen einer funktionierenden Ordnungspolitik kann der Staat als wirtschaftspolitischer Akteur bei entscheidenden Weichenstellungen eine zentrale Funktion einnehmen. Staatliche Investitionen oder Beschaffungen müssen als Initialzündungen für nachhaltige, zukunftsfähige und resistente Güter oder Methoden dienen und zu ihrer Marktreife beitragen. Auch direkte Zuschüsse an Unternehmen können in der richtigen Ausgestaltung zur Erreichung unserer ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele beitragen. Ziel dieser Aktivitäten ist die Entwicklung ressourcen- und klimaschonender Technologien und Produkte.

Beschaffungspolitik als Steuerungselement

Öffentlichen Finanzmitteln kommt eine Steuerungsfunktion zu. Der Wert des Beschaffungsvolumens öffentlicher Stellen beträgt ca. zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes, wodurch auf den öffentlichen Auftraggeber eine hohe Marktmacht entfällt. Diese ist im Sinne der gesellschaftlichen Zielsetzung ökologischer, sozialer und krisenfester Märkte einzusetzen. Es ist für die Menschen und die Unternehmen des Landes ein Verlust, wenn Steuergeld in veralteten fossilen Technologien des letzten Jahrhunderts versenkt wird. Deshalb gilt es weiterhin, ambitioniert an einer gesetzlichen Grundlage zur Vergabe öffentlicher Gelder zu arbeiten und diese zeitnah in die Umsetzung zu bringen. Eine moderne Vergabepolitik orientiert sich dabei an den besten ökologischen und sozialen Standards sowie dem Kriterium der Tariftreue und kann damit entscheidend zur Entwicklung einer resilienten Wirtschaftsstruktur und gerechter wirtschaftlicher Teilhabe im Freistaat beitragen.

Förderpolitik als zentraler Hebel

In einem marktwirtschaftlichen Umfeld ist die staatliche Förderpolitik dann ein zentraler Hebel, wenn sie in der Lage ist, aktuelle Trends zu erkennen und im Hinblick auf die verfolgten gesellschaftlichen Ziele zu verstärken. Dafür ist wichtig, dass staatliche Fördermaßnahmen an Unternehmen Anforderungen erfüllen, insbesondere mit Blick auf den entscheidenden Grundsatz der Gleichbehandlung. Durch eine fehlgeleitete oder undurchdachte Förderpolitik hingegen können eigentlich nicht tragfähige Geschäftsmodelle verstetigt werden und damit Gewöhnungseffekte eintreten. Diese verdrängen wettbewerbsfähigere Unternehmen und verschwenden wertvolle Ressourcen. Auf der anderen Seite setzen sich wirklich bahnbrechende Innovationen regelmäßig nicht allein über marktwirtschaftliche Mechanismen durch. Sie müssen erst politisch flankiert werden.
Investitionen in vollkommen neue, innovative Bereiche, sogenannte Pionierinvestitionen, insbesondere im Bereich des Mittelstandes, sind der Garant für eine gute wirtschaftliche Entwicklung – auch im Freistaat Sachsen. Diese Pionierinvestitionen müssen wir gerade in der Anlaufphase unterstützen. Denn so entstehen nicht nur international konkurrenzfähige Produkte, sondern auch innovative Wertschöpfung in unserer Region.

Das logische Ziel jeder wirtschaftlichen Förderpolitik ist das gute, bezahlbare Leben für alle Bürger*innen im Freistaat. Vor allem wenn es um strukturschwache, wirtschaftlich immer noch fossilgeprägte Regionen wie die Oberlausitz geht, reichen nicht einfach Pionierinvestitionen in neue Unternehmen. Um beim kommenden Strukturwandel in ganz Sachsen massiver Arbeitslosigkeit, Radikalisierung und weiterer Landflucht vorzubeugen, benötigen wir eine proaktive soziale Arbeitsmarktpolitik. Dafür sind alle Instrumente in den Blick zu nehmen.

Staatliche Forschungsförderung

Die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft kann nur gelingen, wenn wir den Umstieg auf Erneuerbare Energien mit Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit verbinden und wenn wir die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen so effizient wie möglich nutzen. Wenn wir es schaffen, die dazu notwendigen Innovationen zu entwickeln, haben wir die Chance, eine verwurzelte, tragfähige und leistungsfähige Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Dabei ist es wichtig, Trends im Auge zu behalten und auf ihre Möglichkeiten für das Gelingen der ökologischen Transformation abzuklopfen. Das betrifft vor allem aktuelle Innovationstreiber wie Techniken der Künstlichen Intelligenz, der Kybernetik und der Bionik, die Nutzung von Wasserstoff und anderer grüner Energieträger, die E-Mobilität sowie die Übertragung, Verteilung und Speicherung Erneuerbarer Energien, Nutzung nachwachsender Roh- und Werkstoffe, Nutzung der 3D-Drucktechnik und nicht zuletzt die Biotechnologie.
Dazu braucht es kontinuierliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Grundlagen- und Anwendungsbereich, insbesondere bei den Unternehmen selbst, die staatlicher Förderung bedürfen.
Das schließt auch temporäre gesellschaftsrechtliche Beteiligungen oder andere direkte Förderungen von Unternehmensgründungen oder –wachstum mit ein. Das passiert schon heute, wir müssen dabei allerdings mutiger werden und dürfen kurzfristige Mehraufwände nicht scheuen, da ein Erfolg innovativer Ideen unsere Gesellschaft und Wirtschaft entscheidend voranbringen wird. Beim Betreten von Neuland ist der richtige Umgang zentral. Dieser muss Erfahrungen und Erkenntnisse sammeln und für andere Projekte nutzbar machen.
Sachsen verfügt bereits jetzt über eine leistungsstarke Forschungslandschaft, die weiterhin finanziell gefördert werden soll. Wir wollen die Wissenschaft aber auch stärker mit der Wirtschaft verzahnen und dafür sorgen, dass das wirtschaftliche Potenzial von Forschungsvorhaben und Ideen voll ausgeschöpft wird. Dazu unterstützen wir den Gründungsgeist unter Forschenden und schaffen die notwendigen Voraussetzungen. Klar ist: wir brauchen weiterhin starke und erfolgreiche Unternehmen im Freistaat Sachsen. Wir als BÜNDNISGRÜNE wollen alle wirtschaftlichen Akteur*innen bei der ökologischen Transformation unterstützen.

Das Ziel BÜNDNISGRÜNER Wirtschaftspolitik

Wir setzen uns das Ziel, die Generierung von Wohlstand von der Überbeanspruchung der planetaren Ressourcen zu entkoppeln. Dafür brauchen wir starke und erfolgreiche Unternehmen und von uns zu schaffende geeignete Rahmenbedingungen und Förderungen zur Unterstützung der ökologischen Transformation. Je früher die Anpassung unserer Industrie- und Wirtschaftspolitik an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gelingt, desto größer werden Wachstumspotenziale, Profitabilität und globale Strahlkraft unserer sächsischen Unternehmen. Diese Transformation der sächsischen Wirtschaft zu Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit,

Effizienz und Krisenfestigkeit wollen wir gemeinsam mit allen sächsischen Unternehmen zum Erfolg führen.

Begründung

erfolgte mündlich